

MERKUR

Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Patrick Boucheron, Was die Geschichte vermag

Per Leo, Über Nationalsozialismus sprechen

Andreas Dorschel, Abhängige

Friedrich Wilhelm Graf, Luthergedenken? Religionskolumne

Simon Rothöhler, Fluchtbildzustände. Filmkolumne

Till Breyer, Unsichtbare Hand

Robin Detje, Drei Reisen zur Kunst

Jens Soentgen, Wider den umweltpolitischen Utopismus

Reinhard Brandt, »The House of One«

Christiaan L. Hart Nibbrig, Der Sammler und das Seine

Remigius Bunia, Brüssel (V). Brüssel ratsuchend

Harry Walter, Knisternde Erotik



70. Jahrgang, Mai 2016

Klett-Cotta

804

*Pie in the Sky –
Wider den umweltpolitischen Utopismus*

Von Jens Soentgen

Am 12. Dezember 2015 endete der Weltklimagipfel in Paris mit einem internationalen Abkommen. 195 Staaten verpflichteten sich, Maßnahmen gegen die Erderwärmung zu treffen. Die deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks sprach von einem historischen Tag: Die Weltgemeinschaft habe soeben Geschichte geschrieben. Wir schaffen das! – Von Deutschland aus betrachtet, müsste man variieren: Wir schaffen *auch* das. Oder, wie es vor einigen Jahren auf den Zügen in Baden-Württemberg zu lesen war: Wir können alles.

Und woher nehmen wir die Zuversicht? Doch nicht einfach aus der Luft. Sondern: Weil »wir«, »die Weltgemeinschaft«, schon einmal etwas Ähnliches geschafft haben. Das war in Montreal 1987. Naturwissenschaftler hatten herausgefunden, dass bestimmte Stoffe, insbesondere bestimmte fluorierte und chlorierte Kohlenwasserstoffe, die stratosphärische

Ozonschicht zerstören, die uns vor UV-Strahlen schützt. Diese Substanzen wurden als Treibgase in Sprühdosen, aber auch als Betriebsstoffe in Kühlschränken und anderswo eingesetzt. Ihre Produktion wurde schrittweise reduziert. Seither sinkt die Konzentration von FCKW in der Atmosphäre. Und seither glauben viele: Was damals möglich war, dass nämlich die Weltgemeinschaft eine Warnung der Wissenschaft vor einer globalen Katastrophe ernst nahm und praktische, wirksame Maßnahmen ergriff, das ist auch künftig möglich.

Ich fürchte aber, die Analogie zwischen der Konferenz in Paris und der Konferenz von Montreal ist wenig brauchbar. FCKW sind vollsynthetische Stoffe, die in den 1980er Jahren international von sehr wenigen Herstellern in Hochtechnologieländern in kleinen Mengen produziert wurden. Seit der ersten industriellen Herstellung der FCKW in den 1930er Jahren bis in die 1990er Jahre hinein waren weltweit überhaupt nur um die 20 Millionen Tonnen dieser Substanzgruppe produziert worden. In Deutschland gab es lediglich vier oder fünf Hersteller, die alle auf alternative Stoffe ausweichen konn-

ten. Die Emission von Kohlendioxid, das *kein* synthetischer Schadstoff ist, beträgt hingegen *jedes Jahr* mehr als das Tausendfache davon, vermutlich noch deutlich mehr, Tendenz steigend.

CO₂ ist nicht etwa ein vermeidbares Nebenprodukt von Verbrennungsprozessen, sondern deren Hauptprodukt. Es ist thermochemisch betrachtet der eigentliche Grund jeden Feuers: Erdöl, Kohle, Holz verbrennen, um CO₂ zu bilden. Vielfach gibt es gar keine Alternative zur CO₂-Emission, etwa bei der Herstellung von Zement, Stahl oder auch Kunstdünger. Selbst wenn man das Atmen außer Acht lässt (durch das jeder Mensch pro Minute etwa 0,3 Liter CO₂ erzeugt), bläst nahezu jeder Einzelne täglich beträchtliche Mengen Kohlendioxid in die Luft, einfach indem er ein »normales« menschliches Leben führt, durch Kochen, Backen oder das Bereiten von warmem Wasser, durch Heizen, Kühlen, Autofahren, durch nahezu alle Arten handwerklicher und erst recht industrieller Produktion.

Besonders große CO₂-Emissionen entstehen bei einem hochtechnisierten Lebensstil, wie ihn viele Menschen in Europa, den Vereinigten Staaten und anderen Industrieländern führen. Doch es gibt auch andere Quellen. Ein bedeutender Teil der menschlichen Nutztiere etwa erzeugt Methan, ein noch klimawirksames Gas als CO₂.

Folgenlose Beschlüsse

Der Hinweis auf Montreal führt also auf die falsche Fährte. Weitaus besser vergleichen lässt sich der Pariser Klimagipfel mit der Friedenskonferenz von Den Haag im Jahr 1899. Auch da ging es um ein schwer-

wiegendes Problem, dessen Dringlichkeit wissenschaftlich untermauert war, das alle Staaten gleichermaßen anging und deshalb nach einer globalen Lösung verlangte.

Die Haager Konferenz wurde von Nikolaus II., dem letzten russischen Zaren, einberufen, den ein tiefschürfendes, heute weitgehend vergessenes Werk in Unruhe versetzt hatte. *Der Krieg* lautete sein Titel, Autor war Jan Bloch, ein polnischer Volkswirt und Unternehmer. In sechs Bänden hatte Bloch eine Kritik der militärischen Vernunft vorgelegt, die streng systematisch mit einer Analyse des Schusses begann, weil mit einem Schuss jeder Krieg beginnt und mit dem »letzten Schuss« auch endet.

Im Zentrum seiner Überlegungen stand die Frage, wie die technologischen Innovationen seiner Zeit die Kriegsführung verändern würden. Seit den 1880er Jahren hatten neue, vollsynthetische Substanzen wie Nitrozellulose (Schießbaumwolle), Nitroglyzerin, Pikrinsäure und andere das bislang gängige Schwarzpulver als Treib- und Sprengstoff von Schusswaffen abgelöst. Sie waren chemisch so optimiert, dass bei einer Zündung nur noch Gas und Hitze entstanden, aber keine weiteren Nebenprodukte.

Die Folge dieser Schlüsselinnovation war eine gewaltige Effizienzsteigerung. Die Schüsse hatten eine viel höhere Reichweite und Durchschlagskraft, die Schützen wiederum konnten nicht mehr so leicht gesehen werden, weil der verräterische Rauch, der die Schlachtfelder noch beim Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 überlagert hatte, fehlte. Zudem konnte die Schussfrequenz erhöht werden, was unter anderem die Konst-

ruktion des Maschinengewehrs ermöglichte.

Bloch folgerte aus dieser Entwicklung, dass militärische Angriffe künftig immer riskanter werden würden, weil schon wenige Verteidiger selbst unter zahlenmäßig weit überlegenen Angreifern ein Blutbad anrichten könnten. Künftige Kriege ließen sich nicht mehr rasch entscheiden, sie würden sich vielmehr nach anfänglicher Dynamik in langen und verlustreichen Schlachten festfressen. Die aufgrund der neuen Schusstechologie wahrscheinlichen Stellungsschlachten würden gewaltige, bislang ungekannte Opferzahlen fordern und wären zudem äußerst kostspielig, was wiederum zu wirtschaftlichen Krisen führen werde. In der Folge wären politische Revolutionen unausweichlich, die das Ende der bestehenden Machtverhältnisse bedeuten könnten. Weil damit aber der Schaden jeden Nutzen auch für die Sieger überwog, habe der Krieg als Mittel der Politik ausgedient.

Blochs Scharfsinn kümmerte die damaligen Militärs wenig – was galt ihnen schon ein jüdischer Zivilist –, aber er beeindruckte den jungen Zaren, der sich die Sache von Bloch in mehreren persönlichen Unterredungen erläutern ließ. Überzeugt von der Triftigkeit der Argumentation, entschloss sich der Zar, mit seinen europäischen und internationalen Kollegen nach neuen, friedlichen Lösungen für Konflikte zu suchen und die Rüstung zu begrenzen, um die absehbare Katastrophe zu vermeiden. Nach dem Vorschlag Blochs sollte ein Internationales Schiedsgericht geschaffen werden, das Streitfälle schlichten sollte. Dessen Einrichtung wurde 1907, bei der zweiten Auflage der Den Haager Friedenskonferenz auch tat-

sächlich beschlossen; es besteht, wenig bekannt und wenig erfolgreich, als Ständiger Schiedshof in Den Haag bis heute.

Blochs Alarmruf mobilisierte damals auch große NGOs, wie wir heute sagen würden. Bürgerliche Friedensinitiativen begleiteten die Tagung, bedeutende Intellektuelle wie Bertha von Suttner waren in Den Haag vor Ort und kommentierten das Geschehen. Reiche Unternehmer spendeten große Summen für die gute Sache, der amerikanische Unternehmer Andrew Carnegie etwa stiftete den Haager Friedenspalast, der 1913 feierlich eröffnet wurde.

Ein Jahr später entbrannte der Erste Weltkrieg, dessen Verlauf sämtliche Vorhersagen Blochs bestätigen sollte. Und das, obwohl beide Haager Konferenzen mit vielversprechenden gemeinsamen Beschlüssen zu Ende gegangen waren, die die Welt hatten aufatmen lassen. Hinter den Kulissen war von der darin beschworenen Einmütigkeit und Kooperationsbereitschaft allerdings von Anfang an wenig zu spüren gewesen. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. etwa, ein Vetter des Zaren, schrieb diesem zwar ein Telegramm, in dem er die »Liebe zur Menschheit« des Herrschers pries, notierte aber handschriftlich an den Rand einer Vorlage in der bei ihm üblichen Drastik: »Ich scheiße auf die ganzen Beschlüsse.« »Die Konferenzkomödie«, so eine andere Randnotiz, »mache ich mit, aber den Degen behalte ich zum Walzer an der Seite.« So dachten viele Akteure.

Überforderung

Ganz ähnlich dürften auch manche, vielleicht gerade die wichtigsten Repräsentanten der 2015 in Paris anwesenden Nationen im Geheimen gedacht haben. Sicher nicht die Vertreter der deutschen Bundesregierung. Aber ist ernsthaft zu erwarten, dass Länder wie China, Indien, Russland, Saudi-Arabien, Katar, Kuwait, Iran oder Irak wirklich CO₂-frei werden oder auch nur ihre Emissionen deutlich mindern wollen?

Indien etwa kündigte erst kürzlich an, seine Kohleproduktion bis 2020 auf jährlich 1,5 Milliarden Tonnen verdoppeln zu wollen (was rund 4 Milliarden Tonnen CO₂ entspricht). Im November 2015 stellte sich heraus, dass China in den Jahren 2011 bis 2013 jährlich rund 900 Millionen Tonnen mehr CO₂ produziert hat als offiziell angenommen. Das allein entspricht der jährlichen CO₂-Emission in Deutschland. Ohnehin sollen die chinesischen CO₂-Emissionen, die rund das Zehnfache der deutschen betragen, erst 2030 sinken, bis dahin werden sie nach den derzeitigen Plänen weiter steigen. Chinas Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen liegt schon heute bei über 25 Prozent, Deutschlands Anteil bei 2,5 Prozent. Zwei Drittel der in China erzeugten Energie kommt aus der Kohle, und daran wird sich auch, trotz chinesischer Pläne für neue Kernkraftwerke und den Ausbau erneuerbarer Energien, in den nächsten fünfzehn Jahren nichts ändern.

Es gibt überdies nicht wenige Länder, die in der globalen Erwärmung eher eine Chance als ein großes Risiko sehen, weil durch das Schmelzen des Eises zum Beispiel Lagerstätten leichter zugänglich

werden, die land- oder forstwirtschaftliche Produktivität erhöht wird oder nützliche Schifffahrtswege entstehen. Hans Joachim Schellnhuber, der Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, berichtet in seinem Buch *Selbstverbrennung* (2015), der russische Präsident Putin habe ihm gegenüber im September 2003 erklärt, man sehe dem Klimawandel in Russland entspannt entgegen, da er höhere Agrarerträge sichern könne und mehr Spielraum für Zobelexporte in die westliche Welt.

Der Klimawandel kommt

Glaut man US-Präsident Obama, so sind wir die letzte Generation, die den Klimawandel noch verhindern könnte. Das ist Zweckoptimismus. Die letzte Generation, die tatsächlich noch wirksame Maßnahmen hätte ergreifen können, lebte zur Zeit der Haager Konferenzen. 1904 betrug die weltweiten Emissionen bereits rund ein Zehntel der heutigen. Doch im Gegensatz zu heute wäre eine politische Lösung damals noch möglich gewesen.

Für etwa 80 Prozent der globalen erwärmungswirksamen Kohlenstoffdioxidemissionen waren nämlich lediglich drei Staaten verantwortlich, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland (das damalige Deutsche Reich). Diese drei politischen Akteure hätten das Problem mit Aussicht auf Erfolg angehen können – hätten sie es denn auf ihrer politischen Agenda gehabt. Doch damals erkannte noch nicht einmal Svante Arrhenius (1859–1927), der Chemie-Nobelpreisträger, dem es 1895 gelungen war, den menschengemachten Treibhauseffekt erstmals aus chemischen und physikalischen

Überlegungen eindeutig abzuleiten, dass hier überhaupt ein Problem vorlag. Ganz im Gegenteil: »Durch Einwirkung des erhöhten Kohlendioxidgehaltes der Luft«, schrieb Arrhenius 1907, »hoffen wir uns allmählich Zeiten mit gleichmäßigeren und besseren klimatischen Verhältnissen zu nähern, besonders in den kälteren Teilen der Erde; Zeiten, da die Erde um das Vielfache erhöhte Ernten zu tragen vermag zum Nutzen des rasch anwachsenden Menschengeschlechts.«

Mittlerweile hat uns die Forschung die negativen Folgen der globalen Erwärmung bewusst gemacht. Allerdings sind seither auch über einhundert Jahre ungebremster Kohlendioxidemission vergangen. Es reicht also längst nicht mehr, weniger neues CO₂ in die Atmosphäre zu blasen, das darin bereits befindliche CO₂ müsste auch herausgeholt werden. Wer soll das tun? Alle Anstrengungen eifrigster internationaler Klimadiplomatie – der Pariser Klimagipfel war immerhin schon der 21. – haben es bisher ja noch nicht einmal vermocht, die CO₂-Konzentration der Atmosphäre zu stabilisieren, geschweige denn zu verringern.

Dabei wurden schon 1988 auf der Weltklimakonferenz in Toronto konkrete Ziele formuliert. Damals hieß es: Bis 2005 müssen die CO₂-Emissionen um 20 Prozent sinken. Nicht einmal dieses äußerst bescheidene Ziel wurde erreicht. Der mittlere jährliche CO₂-Anstieg lag in den Jahren zwischen 2001 und 2010 sogar 30 Prozent *über* dem mittleren jährlichen Anstieg der 1980er Jahre.

Auf die vage Hoffnung, die Klimafor-scher könnten sich mit ihren Projektionen und Prognosen trotz aller Gründlichkeit geirrt haben, sollte man besser

nicht setzen. Zum Klimawandel wird nun schon seit Jahrzehnten weltweit mit hoher Intensität geforscht, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Ergebnisse nicht grundsätzlich zutreffend wären. Der menschengemachte Klimawandel wird sich also weiter entfalten, allenfalls eine für den Menschen noch größere Katastrophe könnte ihn aufhalten.

Die globale Erwärmung kann nicht von Deutschland, sie kann nicht von Europa, sie könnte nur innerhalb eines starken Weltstaats wirksam bekämpft werden. Die Voraussetzungen, die für eine wirksame Klimapolitik fehlen, sind also nicht technische, sondern politische. Alle Klimakonferenzen – und es werden noch viele folgen – müssen wirkungslos bleiben, so viele Abkommen sie auch produzieren mögen, weil sie zwar Minderungsziele beschließen, deren Umsetzung aber nicht durchsetzen können. Selbst wenn drastische Folgen, die der Klimawandel vielleicht schon innerhalb der nächsten zwanzig Jahre zeitigen wird, die Handlungsbereitschaft erhöhen, dürfte sich daran nichts ändern.

Das aber bedeutet: Die globalen CO₂-Emissionen werden auch in den nächsten zehn Jahren nicht signifikant sinken. Was die einen sparen, werden die anderen umso ungehemmter in die Luft blasen, weil sie keinen unmittelbaren Schaden, wohl aber einen erheblichen, wenn auch kurzfristigen Nutzen davon haben. Wir sollten den Mut aufbringen, diese Wahrheit anzuerkennen. Und wir sollten daraus Schlüsse für unsere Umweltpolitik ziehen.

Umweltzerstörung durch Umweltschutz

Besonders dringend wäre zu fragen, welche konkreten Ziele wir uns eigentlich mit der sogenannten Energiewende setzen: Wollen wir Energie sparen? Das ist immer richtig, ist aber nicht gerade ein neues Ziel. Wollen wir aus der Kernkraft aussteigen? Das ist möglich, steht aber der Bekämpfung des globalen Klimawandels diametral entgegen, weil Atomkraftwerke einen CO₂-freien Basisprozess haben. Kernkraftwerke abzuschalten, um erneuerbare Energien an ihre Stelle zu setzen, bringt atompolitisch viel, aber klimapolitisch nichts. Oder soll die Energiewende der deutschen Bekämpfung des globalen Klimawandels dienen? Das hätte nur dann Sinn, wenn sehr bald auch alle anderen Staaten unserem Beispiel folgten oder es vielmehr überträfen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass das geschehen wird.

Utopische Zielsetzungen bringen als Kompensation Pseudoziele hervor, die handfest wirken und deren Erreichen als Erfolg gefeiert werden kann. Das eigentliche Ziel, den CO₂-Gehalt der Atmosphäre zu stabilisieren oder möglichst zu senken, ist bisher nicht erreicht worden, wie ein einziger Blick auf die Keeling-Kurve, die berühmteste Messreihe unserer Zeit, zeigt, und wird auch im nächsten Jahrzehnt – sofern, wie gesagt, keine Katastrophen eintreten – nicht erreicht werden. Also erklärt man kurzerhand die Mittel zum eigentlichen Ziel und zeigt stolz auf Beschlüsse, auf Windräder, Photovoltaik und anderes Gerät. So belegt man dann den »Erfolg« deutscher Klimapolitik. Doch wir wollten nicht einen Gerätepark durch den anderen ersetzen, wir wollten die CO₂-Konzentration der Atmosphä-

re senken, um so die globale Erwärmung von der Ursache her zu bekämpfen.

Eine andere Strategie besteht darin, die globale Situation auszublenden und nur auf die lokale zu schauen. Und bei der lokalen Situation wählt man wiederum einen passenden, noch kleineren Ausschnitt, den man dann so darstellt, als sei er das Ganze. So jubelt man in Deutschland darüber, dass die erneuerbaren Energien schon jetzt 33 Prozent des Stromverbrauchs decken. Vom Primärenergieverbrauch, also von der Gesamtmenge der verbrauchten Energie, von der Strom nur einen Teil ausmacht, hört man hingegen wenig. Das ist auch kein Wunder. Denn der wird hierzulande auch heute noch zu 80 Prozent aus Öl, Erdgas und Kohle gedeckt, die erneuerbaren Energien haben hier einen Anteil von derzeit 12 Prozent, den Rest bilden Kernbrennstoffe.

Und inwieweit verändert dieser Bruchteil eines Bruchteils die globale CO₂-Konzentration? Unser Anteil am globalen Kohlenstoffdioxidproblem ist heute, anders als 1904, so gering, dass unsere bisherigen Bemühungen in der globalen Messkurve unsichtbar sind, weil sie außerhalb der Messgenauigkeit liegen. Was wir nicht emittieren, emittieren andere, die unsere Schwerindustrie übernehmen und uns gern mit günstigen, CO₂-intensiven Produkten beliefern.

Aber könnte man nicht argumentieren, die deutschen Bemühungen um zunehmende »Dekarbonisierung«, also den Ersatz fossiler Grundstoffe und Energieträger durch erneuerbare, hätten doch immerhin Wert als Werbebotschaft und verursachten überdies keinen Schaden? Es entsteht aber Schaden! Und zwar, und das ist das Bittere daran, ausgerechnet

Umweltschaden. Beim Kampf für die globale Umwelt wird die lokale geopfert. Umweltsoziologen sprechen von inner-ökologischen Konflikten, Naturschützer präsentieren die Beispiele.

Eine lokale Schadensbilanz

Wasserkraft etwa ist grundlastfähig und CO₂-neutral, schädigt aber Ökosysteme und lässt Flussfischpopulationen verschwinden. Windräder tragen zur Dezimierung seltener Vogelarten bei, weil immer wieder Tiere mit den 240 Stundenkilometer schnellen Rotorblättern kollidieren. Zudem gibt es Beispiele, dass Rotmilane gezielt verfolgt werden, um Hindernisse für Windkraftprojekte zu beseitigen. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz von 2000 wurde der Anbau von Energiepflanzen auf deutschen Äckern gefördert. Das hat drastische und langfristige Folgen für Natur und Landschaft in Deutschland. 2012 wurden auf 21 Prozent der deutschen Ackerfläche Energiepflanzen angebaut, die besonders viele Pestizide und starken Kunstdüngereinsatz erfordern. Die Zunahme von Anbauflächen für Energiepflanzen (insbesondere Mais) hat zwangsläufig den Rückgang anderer landwirtschaftlicher Lebensräume zur Folge, etwa Brachen oder Stilllegungsflächen und Grünland.

Durch giftige Gärflüssigkeit, die undichten »Bio«-Reaktoren entweicht, werden regelmäßig Grundwasser und Fließgewässer verseucht, im Jahr 2010 gab es durch neuerrichtete Biogasanlagen allein in Bayern rund 100 Gewässerverunreinigungen, von denen zehn zu Fischsterben führten. Ginge es nicht um »Bio«-Reaktoren und angeblich »Grüne« Energie, son-

dern um Chemiewerke, so hätten solche Zahlen längst Greenpeace auf den Plan gerufen. Doch wenn es um erneuerbare Energien geht, haben viele Umweltverbände eine lokale Sehschwäche.

Oder schauen wir zu unseren Nachbarn: Rund 2000 große und kleine Wasserkraftwerke sind zwischen Slowenien und Albanien derzeit geplant, sie werden dort nichterneuerbare Wildflusslandschaften vernichten und nichterneuerbare Arten vertreiben oder eliminieren, um anschließend erneuerbaren, CO₂-freien »Ökostrom« zu produzieren – und gerne auch in Nachbarländer zu exportieren. Wir müssen achtgeben, dass unsere Versuche, die Wirtschaft zu dekarbonisieren, nicht zur fortschreitenden Denaturierung der Welt beitragen.

Der Naturschutz ist bislang, und das ist die Meinung vieler Naturschützer, der Verlierer der Energiewende. Diese hat zu einer vielerorts drastischen Technisierung der Landschaft geführt, die den Unterschied zwischen Stadt und Land nivelliert. Sie mindert den ästhetischen Wert von Landschaften und schädigt Ökosysteme; Wasserkraftwerke oder Biomasseanbau gehen meist zulasten von Naturschutzziele. Zwar wird behauptet, dieser große Kampf werde auch für den Naturschutz gekämpft; doch die konkrete Wirklichkeit sieht anders aus. Bislang kenne ich zumindest keine Maßnahme der »Dekarbonisierung« in Deutschland, die zugleich ein Naturschutzziel gefördert hätte. Wohl aber etliche, die den ohnehin schon bestehenden Druck auf natürliche Ökosysteme vertiefen und erweitern.

Über solche Opfer könnte man diskutieren, wäre der gute Ausgang der Sache auch nur halbwegs wahrscheinlich. Bis-

lang aber steigern wir lokale Umweltprobleme, ohne das globale zu mindern. Da es nun einmal ausgeschlossen ist, dass wir durch unser Tun in Deutschland irgendeinen kühlenden Einfluss auf das Weltklima ausüben werden, handelt es sich nur um Symbolpolitik. Dafür umweltpolitische Ziele zu vernachlässigen und zu blockieren, die wir tatsächlich erreichen könnten, ist nicht gerade das, was man sich unter Nachhaltigkeit vorstellt.

Umweltrealpolitik würde bedeuten, unsere Prioritäten neu auszurichten und umsetzbare Zielen zu definieren. So sollten etwa Klimaschutzmaßnahmen künftig nur noch dann als Umweltschutzmaßnahmen staatlich gefördert werden, wenn durch sie zugleich auch umweltpolitische Nahziele wirksam gefördert werden. Hier gibt es große Potentiale. Ein Beispiel ist die Moorrenaturierung, die eine Klimaschutzmaßnahme ist, zugleich aber auch weitere, wichtige Natur- und Umweltschutzziele verwirklicht. Umweltrealpolitik bedeutet also nicht, dass wir globale Fernziele gar nicht mehr zu berücksichtigen hätten; wohl aber, dass wir uns zu-

nächst den *regional erreichbaren* globalen Zielen zuwenden sollten, also etwa dem Artenschutz, der Erhaltung und Wiederherstellung artenreicher Kulturlandschaften, der Bekämpfung von Stickstoffemissionen oder auch der Verbesserung des ökologischen Zustands unserer Gewässer.

Diese Umweltthemen haben es in der öffentlichen Wahrnehmung schwer, weil der Klimawandel inzwischen alle ökologischen Debatten überlagert. Sie haben dafür aber den Vorzug, dass sie hier und jetzt umsetzbar sind. Wir *können* mehr Platz für Natur schaffen, wir *können* unsere Flüsse renaturieren, wir *können* Auwälder revitalisieren, Agrarwüsten ökologisch umgestalten, alte Urwälder erhalten, die ökologisch und ästhetisch bedeutsam, aber CO₂-technisch suboptimal sind, weil sie im Gegensatz zu rasch wachsenden Turbowäldern kein CO₂ mehr binden. Wir *können* die Arten, für die wir besondere Verantwortung haben, schützen.

Vor Ort können wir viel. Global hingegen wenig. Unsere Arme haben Kraft, aber sie sind kurz.